Abseits stehen ist keine Option

Posted on 28. Januar 2022 by Ludwig Greven



Ukrainischer Sommer (Foto: Yevhen auf Pixabay)

„Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg." Die alte römische Lehre gilt bis heute, angesichts des immer gewaltigeren russischen Aufmarsches an der Grenze zur Ukraine und der neuerlichen Bedrohung nicht nur für ihre Souveränität und ihren Bestand, sondern für die Sicherheit und Friedensordnung des gesamten Kontinents. Niemand im Westen will und wird für die ehemalige Sowjetrepublik, die in die EU und Nato strebt, Krieg führen gegen die Atommacht Russland. Die Folgen wären unabsehbar. Aber abseits stehen ist keine Option.

In der US-Regierung und der Nato rechnet man damit, dass Putin nach den ergebnislosen Verhandlungen zwischen Moskau und Washington jederzeit losschlagen kann. Wahrscheinlich wartet er nur auf eine

Gelegenheit, etwa den Beginn der Olympischen Winterspiele in Peking, wenn die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft abgelenkt ist. Aber auch wenn er es vorerst bei der kriegerischen Bedrohung belässt, sind die Folgen bereits schlimm genug: Der Westen wirkt hilflos und zerstritten. Die USA und die EU wissen nicht, wie sie seine erneute Aggression nach der Okkupation der Krim 2014 und dem anhaltenden Krieg in der Ostukraine abwehren sollen, außer mit der Androhung massiver wirtschaftlicher Sanktionen.

Selbst darüber besteht keine Einigkeit, vor allem nicht in Deutschland und der Bundesregierung. Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock warnte Putin zwar bei ihren Gesprächen in Kiew und Moskau eindringlich vor einem Einmarsch. Und auch Kanzler Olaf Scholz schloss erstmals Folgen für die Inbetriebnahme der Gaspipeline North Stream 2 nicht mehr aus. Führende Politiker der SPD und der FDP wollen davon aber bislang nichts wissen, und die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Ukraine lehnen auch Scholz und Baerbock ab, obwohl die Regierung in Kiew flehentlich darum bittet.

Putin will den Rollback

Der russische Herrscher ist ein eiskalter Stratege. Er ist erfüllt von seinem Traum, die alte Macht der früheren Sowjetunion auch über den Osten Europas wiederherzustellen und sich dadurch in den Kreis der Mächtigen der Welt aufzuschwingen, auf einer Stufe mit US-Präsident Biden und Chinas Herrscher Xi Jinping. Im Poker um die Ukraine sieht er seine Chancen so gut wie lange nicht. Denn er weiß, dass Biden innenpolitisch geschwächt ist, dass die USA genauso gespalten sind wie Europa, dass die neue Regierung in Berlin noch nicht Fuß gefasst hat, Frankreichs Präsident Macron vor einer Wahl steht und der britische Premier Johnson vor seiner möglichen Ablösung. Vor allem weiß er, dass die Europäer und besonders die Deutschen keinen Krieg wollen, und dass auch die USA nach dem Debakel in Afghanistan eine militärische Konfrontation scheuen. Deshalb hat er seine Forderungen noch verschärft: Nicht nur der Ukraine soll die Nato die Aufnahme für alle Zeit verwehren, sondern auch Finnland, Schweden und anderen Ländern. In den Mitgliedsstaaten Polen und den baltischen Republiken soll die Nato keine stratgischen Waffen stationieren dürfen, die USA sollen ihre Mittelstreckenraketen aus Europa abziehen. Der gesamte Kontinent wäre damit den Machtgelüsten Putins ausgeliefert.



Bild: GioeleFazzeri auf Pixabay

Was kann ihn noch stoppen? Die Töne, die er aus Berlin, Brüssel und Washington bislang hört, sicher nicht. Zwar drohen die USA und die EU in großer Einigkeit mit nie dagewesenen Strafmaßnahmen. Aber was die Ukraine am dringendsten bräuchte: Mittel, um sich selbst wehren zu können, wollen ihr bislang nur die USA, Großbritannien und Frankreich liefern. Scholz und andere SPD-Politiker stuften North Stream 2 wie seine Vorgängerin Merkel bislang kontrafaktisch als rein „privatwirschaftliches“ Projekt ein, obwohl es von Putin von Anfang an geostrategisch dafür gedacht war und ist, erstens die Ukraine von den Einnahmen aus dem Gastransit und genauso wie Polen von Gaslieferungen abzuschneiden und weiter zu schwächen, zweitens Deutschland und Europa noch mehr von russischen Energielieferungen abhängig und epressbar zu machen, drittens neue Einnahmen zu generieren für die russische Aufrüstung. SPD-Fraktionschef Mützenich, Generalsekretär Kühnert und Verteidigungsministerin Lambrecht warnen vor einer „Eskalation“, als wäre die Nato, nicht Putin dafür verantwortlich. Einen Ausschluss Russlands vom internationalen Finanzsystem Swift, was Putins Reich hart treffen würde, lehnt auch der neue CDU-Vorsitzende Merz ab, weil es das globale Kapitalgeschäft bedrohen würde. Von Berlin hat Putin also bislang wenig zu befürchten.

Deutschland isoliert sich

Doch Deutschland kann nicht tatenlos zusehen, wenn Putin seine imperialistischen Pläne vorantreibt, so wie zuletzt mit der Truppenentsendung nach Kasachstan und in Belarus. Denn niemand kann ernsthaft glauben, dass er sich mit der erneuten Herrschaft über die Ukraine oder weitere Teile des Landes zufrieden geben würde. Wenn der Westen ihm nicht überzeugend entgegentritt, wird ihn das vielmehr bestärken, seine Aggressionen auch in anderen Gebieten des ehemaligen sowjetischen Imperiums und dessen Randzonen fortzusetzen. Und China, das den Konflikt sehr genau beobachtet, wird sich ermuntert sehen, seine aggressive Politik auszuweiten, möglicherweise mit einer Okkupation Taiwans.

Das Mindeste, was die Bundesregierung jetzt tun müsste, ist den Ukrainern Ausrüstung zu liefern, damit sie sich selbst verteidigen können gegen die russische Übermacht. Und unmissverständlich klar zu machen, dass North Stream 2 niemals in Betrieb gehen wird, solange Putin seine Truppen nicht abgezogen und eine Garantie abgegeben hat, dass er die frühere Sowjetrepublik nicht angreift. Nur wenn Putin klar wird, dass der Einmarsch mit hohen Risiken verbunden ist und ihn und Russland extrem teuer zu stehen kommen wird, ist er möglicherweise noch davon abzubringen.

Zugleich müssen sich Deutschland und die übrige EU auf den Krieg vorbereiten, mit Notfallplänen vor allem für die eigene Gas- und Ölversorgung. Deutschland ist zu mehr als der Hälfte von russischem Erdgas abhängig und zu über 40 Prozent von russischem Öl – auch ohne den drohenden Krieg eine extrem verwundbare Position, die Deutschland erpressbar macht. Erst recht, da die Ampelregierung für eine Übergangszeit verstärkt auf Gas setzt, um den Kohleausstieg vorzuziehen. Deutschland muss sich daher in jedem Fall unabhängiger machen. Das würde auch Putins Position schwächen. Denn Russland ist auf die Einnahmen mindestens so dringend angewiesen wie Europa auf das Gas und Öl. Doch die EU könnte die Milliardenkosten durch noch höhere Gas- und Ölpreise verkraften, falls Putin die Lieferungen stoppt und Europa auf andere Lieferländer ausweichen muss; sie hat auch die Coronakrise bislang gemeistert. Russland hingegen, wirtschaftlich ein Zwerg, nur noch militärisch eine Macht, würde massiv leiden. Und es würde die ohnehin schrumpfende Unterstützung für Putin in der russischen Bevölkerung weiter schwächen.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren